

## **Wahlprüfsteine/Forderungen**

der Frankfurter Bürgerinitiativen / F.B.I.

an die/den Oberbürgermeister-Kandidat\*innen anlässlich der OB-Wahl am 5. März 2023

Antworten Dr. Daniela Mehler-Würzbach, DIE LINKE

*I. Wie sehen Sie ihre Rolle als OB vor dem Hintergrund der Regelungen der Hessische Gemeindeordnung (HGO): zwar direkt gewählt, aber beschränkte Macht gegenüber der letztlich bestimmenden StVerV?*

**Initiative ergreifend, antreibend, moderierend. Als Oberbürgermeisterin kann ich wesentlich dazu beitragen, dass der öffentliche politische Diskurs die zentralen Fragen der Stadtpolitik behandelt, Probleme und mögliche Lösungswege in die Diskussion bringen. Als Chefin der Verwaltung kann ich auch dafür Sorge tragen, dass Beschlüsse zügig umgesetzt und nicht blockiert werden. Vor allem aber ist die OB nach innen und außen eine laute Stimme für die Interessen der Menschen in der Stadt, die sie direkt wählen.**

*II. Welche Akzente möchten Sie als OB hinsichtlich des Flughafen Frankfurt setzen? Insbesondere bezüglich der Beeinträchtigung der Lebensqualität der Anrainer durch Lärm und Luftschadstoffe?*

**Wirtschaftsinteressen dürfen nicht gegen Gesundheitsgefährdung abgewogen werden. Als Oberbürgermeisterin ist es meine Aufgabe, Anwältin der Menschen in der Stadt zu sein, die von Lärm und Schadstoffen betroffen sind. Sie haben ein Recht auf Schutz ihrer Gesundheit. Ich will ihnen Gehör gegen die mächtigen Wirtschaftsinteressen verschaffen. Zudem muss die Rolle, die der Luftverkehr in Bezug auf den Klimawandel hat, gesehen werden und hierauf reagiert werden. Als Oberbürgermeisterin der Stadt mit dem bundesweit wichtigsten Luftfahrt-Drehkreuz werde ich mich mit starker Stimme für ein echtes Nachtflugverbot und die Verlagerung von inländischen und vielen innereuropäischen Flugverbindungen auf die Schiene einsetzen.**

*III. Wie stehen Sie zum Argument, dass der Flughafen Frankfurt raumunverträglich ist? Und wie beurteilen Sie die Tatsache, dass er in einer der dichtbesiedelten Regionen Europas noch in das Stadtgebiet hinein erweitert wurde, was im weltweiten Vergleich gegen jede Vernunft verstößt?*

**Der Flughafen ausbau hätte niemals genehmigt werden dürfen. Ein Flughafen mitten im Ballungsraum kann nicht unbegrenzt wachsen. Er hat dem Verkehrsbedürfnis der Region zu dienen, das unverzichtbar ist und nicht über andere Verkehrsmittel abgedeckt werden kann, etwa Interkontinentalflüge. Der internationale Wettbewerb, um möglichst viele Umsteiger\*innen gegen Flughäfen wie in der autokratisch regierten Türkei oder in der arabischen Wüste anzuziehen, kann nicht gewonnen werden und ist nicht im Interesse der meisten Menschen in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet. In Frankfurt ist die Schmerzgrenze längst überschritten.**

**DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit gegen den Ausbau des Flughafens gestellt und hierfür stehe auch ich. Zurecht protestieren die Bürgerinitiativen gegen die Wachstumsziele des Flughafens, fordern die Schließung der Landebahn Nordwest und den Stopp des Baus von Terminal 3.**

*IV. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Flugverkehr in der gesetzlichen Nacht von 22.00 bis 6.00 Uhr einschränken, um ein Lärminderungsziel im Lärmaktionsplan zu erreichen?*

Es braucht ein echtes Nachtflugverbot über acht Stunden, der Flugplan muss dabei so geplant werden, dass auch betriebsüblich verspätete Flüge bis 22 Uhr abgewickelt werden. Die Stadt Frankfurt und das Land Hessen als Fraport-Mehrheitsaktionärinnen müssen für einen menschenverträglichen Flugbetrieb sorgen. Dafür braucht es auch entsprechenden politischen Druck der betroffenen Gemeinden, Städte und Landkreise für das Recht auf Schutz der Gesundheit der Menschen unter den Flugrouten. Eine Oberbürgermeisterin kann sich hier unermüdlich öffentlich positionieren. Die Daten über Verstöße müssen konsequent rückgemeldet und skandalisiert werden.

*V. Fragen aus dem Koalitionsvertrag 2021: Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie den Koalitionsvertrag 2021 umsetzen?*

*a) Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass Kurzstreckenflüge bis zu 600 km auf die Schiene verlagert werden?*

Die Stadt Frankfurt muss tun, was in ihrer Macht steht, um die Kapazität und Attraktivität des Schienenverkehrs zu erhöhen. Als Fraport-Anteilseignerin muss sie darauf hinwirken, dass der Anteil an Kurzstreckenflügen reduziert wird. Die frei werdenden Slots dürfen dann nicht für Mittel- und Langstreckenflüge eingesetzt werden - das wäre umweltpolitisch kontraproduktiv -, sondern müssen im Sinne der Reduzierung der Flugbewegungen auf ein erträgliches Maß wegfallen. Hier muss es auch vor allem darum gehen, politischen Druck aufzubauen.

*b) Wie wollen Sie das bestehende Nachtflugverbot wie im Koalitionsvertrag angekündigt, konsequenter durchsetzen?*

Aktuell besteht gar kein Nachtflugverbot, vielmehr eine Nachtflugbeschränkung für die Zeit von 23 bis 5 Uhr! Die Nachtstunden von 5-6 und von 22-23 Uhr sind überhaupt nicht geschützt, nicht einmal das höchstrichterlich gebotene „An- und Abschwellen“ des Nachtflugverkehrs wird beachtet, wie auch die Ausnahmegenehmigungen nicht angemessen restriktiv gehandhabt werden. Als zukünftiges Aufsichtsratsmitglied der Fraport AG will ich dafür sorgen, dass das geltende Recht nicht weiter bewusst fahrlässig gebrochen wird. Flugpläne müssen so geplant werden, dass Verspätungspuffer noch vor Eintritt des Nachtflugverbots angelegt werden.

*c) Sind Sie für ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht von 22- 6 Uhr?*

**Ja!**

*d) Werden Sie als OB die Mitgliedschaft bei der Zukunft Rhein-Main (ZRM) beibehalten und ggf. auf die Mitgliedschaft der Stadt erweitern.*

Ja! Ich habe nie verstanden, warum OB Feldmann erst 2021 beigetreten ist. Die Stadt Frankfurt sollte jede sich bietende Initiative ergreifen, um Frankfurter\*innen vor den genannten Belastungen zu schützen und diese Belastungen zu reduzieren. Die Mitgliedschaft in der „Initiative Zukunft Rhein-Main“ (ZRM) wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung, gerade auch für einen gemeinsamen und koordinierten Auftritt der betroffenen Kommunen.

Der Koalitionsvertrag sieht vor: „Die interkommunale Zusammenarbeit mit den Flughafenrainerkommunen werden wir verstärken und in den Gremien zur Weiterentwicklung gemeinsamer Positionen beitragen.“

Ja, der Austausch mit den Nachbarkommunen ist zentral. Am stärksten tritt man mit gemeinsamen Forderungen auf, auch ein gegeneinander ausspielen muss verhindert werden.

*VI. Weitere Fragen*

*a) Wie erreichen Sie Klimaschutz durch Reduzierung des vom Flugverkehr in Frankfurt induzierten CO<sub>2</sub> Ausstoßes, der das Ziel Frankfurt/Main Green City konterkariert?*

**Ich wünsche mir hier eine größere Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit: Der Flughafen wird aus den Klimabilanzen der Stadt rausgerechnet, ansonsten sind die Klimaziele der Stadt nicht zu erreichen. Fraport selbst erklärt, dass man nur für rund 10 Prozent der Emissionen am Standort selbst verantwortlich sei. Der immense CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Flugverkehrs falle in den Verantwortungsbereich der Airlines. Das ist scheinheilig, genauso wie die Hoffnung, dass zukünftiger technologischer Fortschritt dieses Problem schon lösen wird - etwa in Form von E-Fuels - fahrlässig ist. Aktuell lässt sich festhalten, dass Flugzeuge noch auf Jahrzehnte große Mengen an Kerosin verbrennen werden. Einerseits sind E-Fuels noch nicht in ausreichender Form zur Verfügung, zum anderen sind sie beim heutigen Strommix längst nicht klimaneutral.**

**Aktuell wird für das CO<sub>2</sub>-Management vor allem auf die Bepreisung und Kompensation gesetzt. Für DIE LINKE ist klar: Den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken kann in der notwendigen Geschwindigkeit nur über eine Reduzierung der Flugbewegungen gelingen.**

*b) Werden Sie die Kompetenzen der von Ihrem Vorgänger geschaffenen Stabstelle Fluglärmenschutz beibehalten oder durch die Erweiterung ihrer Aufgaben, stärken z. B. um den Bereich der Luftschadstoffe?*

**Ich will die Stabstelle Fluglärmenschutz beibehalten und kann mir eine Erweiterung der Aufgaben um den Bereich Luftschadstoffe gut vorstellen, der aus meiner Sicht bislang unterthematziert ist. Für mich wäre es hier wichtig zu prüfen, welche Aufgaben gerade im Bereich der bestehenden Amtsstrukturen bereits übernommen werden und welche Aufgabenteilung und Synergien hier sinnvoll sind.**

*c) Wie wollen Sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus WHO, NORAH und anderen Studien zur Lärmwirkungsforschung und zu Schadstoffbeeinträchtigungen auf die Gesundheitsvorsorge der Frankfurter Bevölkerung umsetzen?*

**Es braucht politisches Bewusstsein und Druck. Gemeinsam mit allen betroffenen Gemeinden, Städten und Landkreisen werde ich mich für das Recht auf Gesundheitsschutz der Anwohnenden und Menschen unter den Flugrouten einsetzen. Hierfür muss eine Oberbürgermeisterin arbeiten, und aufzeigen, dass Fluglärm und Schadstoffe nicht nur Unannehmlichkeiten sind, sondern erheblichen Einfluss auf Gesundheit, Bildungs- und Lebenswege hat, die Einzelnen vielleicht zunächst gar nicht auffallen.**

**Der Schutz der Bevölkerung muss absoluten Vorrang im Handeln der Stadt Frankfurt haben. Die Zahl der Flugbewegungen muss reduziert werden, ein echtes achtstündiges Nachtflugverbot muss her.**

**Hilfsweise muss außerdem der passive Schallschutz verbessert werden. Wo eine ausreichende Lärminderung nicht möglich ist, müssen die Anwohner\*innen durch die Fraport vollständig entschädigt werden.**